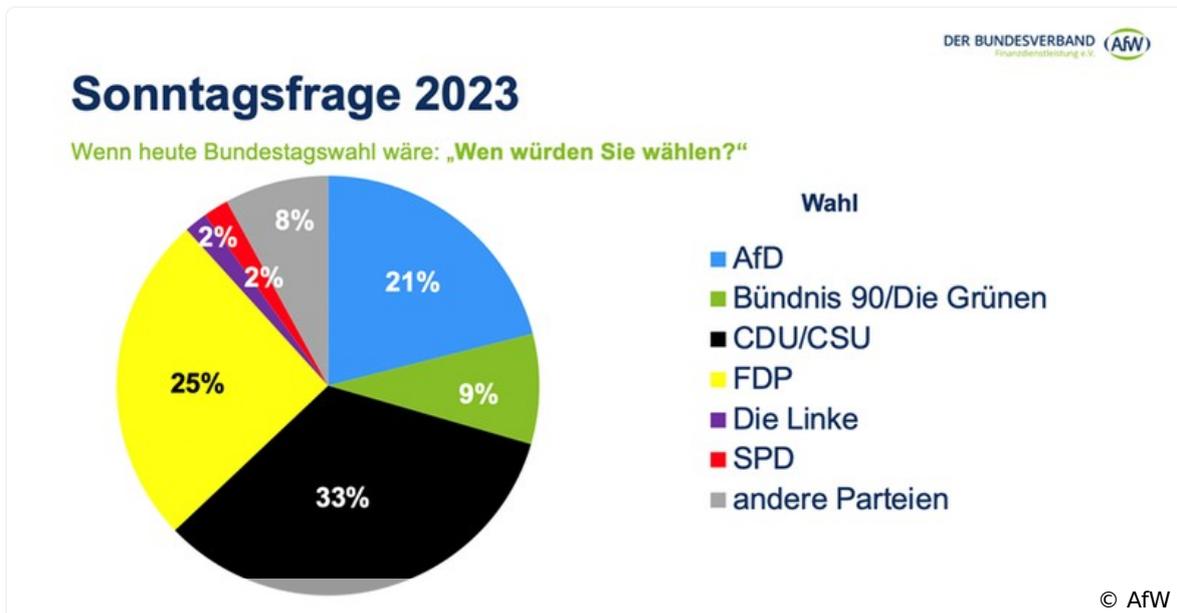


Vermittlerbarometer 2023 – Sonntagsfrage zur Wahl - Vermittler wählen konservativ



Die regierende Ampelkoalition hat bei Vermittlerinnen und Vermittlern keine Mehrheit. Der AfW hat im Rahmen eines umfassenden Stimmungsbildes der Branche die klassische Sonntagsfrage zur Wahl erhoben. Besonders eine Partei konnte dabei zulegen.

„Wenn heute Bundestagswahl wäre, wen würden Sie wählen?“ Diese Frage nach ihren politischen Präferenzen beantworteten mehr als 1.000 Vermittlerinnen und Vermittler im Rahmen des 16. AfW-Vermittlerbarometers, einer jährlichen umfassenden Online-Umfrage. Mit 33 Prozent würden CDU/CSU stärkste Partei (minus 2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresbarometer), gefolgt von der FDP mit 25 Prozent (minus 7 Prozent). Wenn Vermittler allein entscheiden könnten, wäre Deutschland demzufolge wohl christlich-liberal regiert, und zwar schon seit Jahren.

Auf dem dritten Rang folgt die AfD mit 21 Prozent. Mit einem Plus von 10 Prozent ist dies der größte Zuwachs und Ausdruck eines Rechtsrucks, der sich auch in den Umfragen zur im Juni anstehenden Europawahl oder zu den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern im Herbst abzeichnet.

SPD und Grüne unter 5 Prozent

Wenig beliebt in der Vermittlerschaft sind Bündnis90/Die Grünen, die nur 9 Prozent wählen würden, ein Minus von einem Prozent im Vergleich zum Vorjahr. An der 5-Prozent-Hürde klar scheitern würden die SPD und die Linke mit jeweils lediglich 2 Prozent der Vermittlerstimmen. Im Vermittler-Barometer 2022 hatten die Sozialdemokraten noch 4 Prozent erhalten, die Linke lag bereits bei 2 Prozent. Andere Parteien würden aktuell 8 Prozent der Vermittler ihre Stimme geben (plus 2 Prozent).

Rechtsruck besorgniserregend

„Wir sehen bereits seit Jahren, dass die Vermittlerinnen und Vermittler vor allem der Union und den Liberalen als Vertreter und Wahrer Ihrer Interessen vertraut“, so Norman Wirth, Vorstandsmitglied des Bundesverband Finanzdienstleistung AfW. Immer wieder kolportierte Pläne der eher linksorientierten Parteien zum Beispiel bezüglich einer Abschaffung des in Deutschland

traditionell stark verankerten Provisionssysteme oder der privaten Krankenversicherung zählen sicher zu den Gründen dafür. „Das schlechte Abschneiden vor allem der SPD und der Zuwachs bei der AfD entsprechen aber auch dem aktuellen allgemeinen Stimmungsbild der Bevölkerung und haben sicherlich weniger mit den Branchenthemen zu tun.“, erläutert Wirth.



Im Bundestag ist der Berufsstand übrigens durchaus angemessen vertreten. Laut offiziellen Angaben sitzen (Stand Januar 2021) 25 Abgeordnete mit einem entsprechenden beruflichen Hintergrund im Bundestag: 17 aus dem Bereich „Banken, Sparkassen, Finanzdienstleister“ (davon fünf selbstständig) und sieben aus dem Bereich Versicherungen (davon drei selbstständig).

Zur Studie: Das jährliche AfW-Vermittlerbarometer wurde in Kooperation mit den Fördermitgliedern des Verbandes bereits zum 16. Mal mittels einer Online-Umfrage im Oktober und November 2023 durchgeführt. Insgesamt 1.077 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beantworteten rund 50 Fragen zu ihrer Tätigkeit, ihrem Einkommen, der Regulierung und anderen aktuellen Fragen. Neun von zehn Befragten (89,1 Prozent) haben eine Erlaubnis für die Versicherungsvermittlung (§34d GewO), davon beraten rund 90 Prozent im Maklerstatus. 63 Prozent der Befragten verfügen über die Erlaubnis als Finanzanlagenvermittler/-in nach §34f GewO. Das durch das AfW-Vermittlerbarometer eruierte Stimmungsbild weist weit über den Verband hinaus, denn 58 Prozent der Befragten sind keine Mitglieder des AfW.

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0
Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29
E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
Kurfürstendamm 37
10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliendarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.